

## Entlastung für Initiativen

### Kindersofortprogramm führt zur Gründung neuer Horte

röd. Durch das Kindersofortprogramm des Magistrats werden nach ersten Erfahrungen private Elterninitiativen erheblich entlastet. Für einen Platz im Schüler- oder Kinderladen müßten Eltern künftig etwa 250 Mark aufwenden, schätzt Michael Burbach von der Gesellschaft für Jugendarbeit und Bildungsplanung. Vor Inkrafttreten des Programms sei bis zu dreimal mehr gezahlt worden. Seine Gesellschaft werde wegen der günstigen Voraussetzungen zu Beginn des neuen Schuljahrs drei Horte mit je 40 Plätzen im Westend, im Nordend und in Bornheim eröffnen, kündigte Burbach an.

Auch die Lehrerkooperative hat drei Einrichtungen für zusammen 55 Kinder in Betrieb genommen, seit bekannt wurde, daß die Initiativen besser unterstützt werden sollen. Zusätzlich soll in Bergen-Enkheim bis zum Sommer ein Schülerladen für 20 Kinder entstehen, teilte Geschäftsführer Manfred Minnert mit. Zur Zeit laufe zusätzlich ein Versuch an der Münzenberger Schule in Eckenheim. Dort kombiniere man das Modell der Betreuungsschule mit einem Hort. Während bis 13.30 Uhr Schüler von Lehrern und einem Sozialarbeiter beaufsichtigt werden, übernehmen die Mitarbeiter der Lehrerkooperative die Kinder für den Nachmittag. In beiden Fällen bleiben die Kinder allerdings in der Schule. Dafür sei nicht zuletzt der Mangel an geeigneten Räumen schuld, erklärte Minnert.

Zuwendungen aus dem Jugendamt ermöglichen nach Mitteilung Burbachs zusätzlich fast monatlich die Gründung einer Krabbelgruppe für Babys und Kleinkinder. Die Gesellschaft für Jugendarbeit berät Initiativen bei der Planung und Gestaltung neuer Gruppen. Der Verein ist selbst Träger für 28 Einrichtungen. Wie Burbach berichtete, hat er „müheles“ drei

Teams mit je vier Erzieherinnen oder Erziehern für die neuen Horte gefunden. Die Bewerber kämen lieber zu den privaten Initiativen als zur Stadt, auch wenn diese mehr zahlen könne, stellte der Vereinsgeschäftsführer fest. Das Stadtschulamt sucht zur Zeit nach Bewerberinnen für 180 offene Stellen.

Der Magistratsbeschuß, der offiziell schon seit Jahresbeginn gilt, sieht vor, für jeden neu geschaffenen Platz einen Investitionskostenzuschuß von 5000 Mark zu zahlen. Ferner übernimmt die Stadt das sogenannte Trägerdrittel für die freien Initiativen, so daß die Erziehungsberechtigten nicht mehr sowohl diesen Betrag als auch die normale Elterngebühr entrichten müssen. Weitere Vergünstigungen sind städtische Kauttionen für Mieten und ein Zuschlag für Einrichtungen mit weniger als 50 Kindern. Insgesamt umfaßt das Kindersofortprogramm eine Summe von 5,5 Millionen Mark im Haushalt für 1990. Nach Schätzungen werden derzeit etwa 1000 Kinder von Vereinen in privater Initiative betreut.

Sie seien mit dem Programm zufrieden, meinten Burbach und Minnert. Allerdings seien von ihrer Seite schon viele Vorleistungen erbracht worden. Man hoffe, daß bald aus dem Fonds gezahlt werde. Kritisch beurteilten sie die Bestimmung, daß die Investitionskostenzuschüsse von den privaten Trägern zurückerstattet werden müßten, wenn die Einrichtung innerhalb von fünf Jahren geschlossen werde. Da die Vereine nur mit ihrem – geringen – Vermögen zur Verantwortung gezogen werden könnten, müßten hier die Eltern haften. Dies könne man nicht verlangen, meinte Burbach. Außerdem fürchte er, die Zuschüsse für Mieten und Investitionen seien zu gering angesichts der stetig steigenden Immobilienpreise.